

Drehbuch 2006

Statement von Dr. Wolfgang Gerhardt auf der
Herbstklausur der FDP-Bundestagsfraktion vom 1. bis 3. September 2004

- 1. Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands, die anhaltende Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit sind das Ergebnis längerfristiger politischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Sie sind in den letzten Jahren zunehmend deutlicher geworden. Die Globalisierung bringt die Frage mit sich, wie sich Deutschland in Zukunft behaupten will. Wie es wieder wettbewerbsfähig werden will. Was in Zukunft überhaupt noch in Deutschland hergestellt und welche Dienstleistungen noch angeboten werden können. Neue Antworten von Politik, Gesellschaft und Tarifvertragsparteien sind notwendig.**
- Die bisherigen Fehlentwicklungen liegen vor allem in immer mehr staatlichen Eingriffen und Regulierungen, die den Wettbewerb, die die Eigeninitiative und die Selbstverantwortung zunehmend verdrängt haben. Die Staatsquote ist von 32 % zu Beginn der 60iger Jahre auf heute über 50 % gestiegen.
- Die steigenden Steuern und Abgaben und die steigende Staatsverschuldung sind die Konsequenz einer Entwicklung vom Sozialstaat zu einem Wohlfahrtsstaat. Die Folgen sind ein Übermaß an Verteilung in nahezu allen Systemen, eine damit verbundene Undurchschaubarkeit und eine Lähmung der Eigeninitiative.
- Die Politik hat ihren Teil dazu beigetragen. Sie hat Wahlkämpfe nach dem Motto geführt: „Wer bietet mehr?“ und ständige Wohlfahrtsversprechen gegeben und Leistung nicht mehr lohnend gemacht. Die Tarifvertragsparteien haben in Kenntnis weltweiten Wettbewerbs so getan, als gebe es nur Deutschland und seine Branchen. Auf der anderen Seite haben aber auch viele Bürgerinnen und Bürger immer weniger von sich selbst verlangt und

immer mehr vom Staat erwartet. Die Erfahrung einer wirklichen Bürgergesellschaft ist verloren gegangen. Ein gesundes Selbstbewusstsein kann sich so nicht entwickeln.

2. Die bisherigen Reformansätze in Deutschland sind zu kurzatmig, um wirklich neue Perspektiven und Vertrauen zu schaffen. Die Agenda 2010 deutet zwar einen Wechsel in Richtung von mehr Markt an, aber der Weg zu Wettbewerb und Eigenverantwortung wird zu zögerlich beschritten. Wachsende Unsicherheit statt Klarheit schwächt Zukunftsvertrauen. Es fehlt ein Vertrauen schaffendes und breit angelegtes Gesamtkonzept.

- Die erwarteten bescheidenen Wachstumsraten werden keine ausreichende Beschäftigungsdynamik erzeugen. Weder eine Erholung der Weltwirtschaft noch vorübergehende konsumanregende Maßnahmen, die aus der politischen Linken immer wieder vorgeschlagen werden, können in der deutschen Wirtschaft allein eine neue Eigendynamik auslösen. Deutschland muß sein eigenes Drehbuch schreiben und seine Hausaufgaben machen, wenn es wieder Spitze werden will. Entscheidend sind neue Perspektiven für die private Investitionstätigkeit in Deutschland zur Auslösung von Beschäftigungsdynamik und zum Rückgewinn von Wettbewerbsfähigkeit und damit sozialer Sicherheit.
- Politik muß deshalb energisch auf die Reduzierung von Standortkosten, bei Steuern und Abgaben abzielen. Sie muß Freiräume schaffen und die dichten regulatorischen Umfeldler zurückführen. Sie muß forschungs- und bildungspolitische Impulse positiv begleiten. Die Tarifvertragsparteien müssen aus dem Denken in Flächentarifen heraus. Nicht nur Unternehmen stehen im Wettbewerb, sondern auch jeder Arbeitsplatz. Die Bürger müssen sich schließlich neu zwischen Ansprüchen und eigener Verantwortung zum Erhalt sozialer Sicherheit und Freiheit entscheiden.
- In der **Arbeitsmarktpolitik** ist der eingeschlagene Weg der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes richtig, ebenso die Zusammenlegung

von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die bescheidenen Schritte der Lockerung des Kündigungsschutzes sind jedoch zu zaghaft. Ein konsequenter Abbau beschäftigungsfeindlicher Regulierungen hat nicht stattgefunden. Hartz optimiert lediglich die Vermittlung, geht jedoch nicht an den Kern des Problems, der Nachfrage nach wirklichen Arbeitsplätzen. Ein Befreiungsschlag für Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist zwingend notwendig. Das Tarifvertragsrecht muß geändert werden, um betriebliche Bündnisse möglich zu machen und aus den Flächentarifen herauszukommen.

- In der **Steuer- und Finanzpolitik** ist eine weitere Senkung der Steuerbelastung zwingend. Die Probleme bei Wachstum und Beschäftigung sind nicht in erster Linie durch eine mangelnde Nachfrage verursacht, sie sind strukturell bedingt. Entscheidend sind mehr Investitionen. Steuer- und Finanzpolitik müssen deshalb eingebettet sein in eine Vereinfachung des Steuersystems, in einen Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen und weiteren Staatsausgaben, in einen Prozeß der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.
- Bei den **sozialen Sicherungssystemen** wurden bisher keine nachhaltigen Reformen beschlossen, die Beiträge dauerhaft senken können, Wettbewerb und Eigenverantwortung wurde ausgewichen. Die Wahlmöglichkeiten müssen aber gerade für alle in allen Systemen vergrößert werden. Das Gesundheitswesen ist wettbewerblich zu organisieren. Die Umverteilung in den bisherigen Systemen muß beendet, Transparenz muß hergestellt werden und eine Ablösung von lohnbezogenen Beiträgen muß stattfinden. Konkret heißt das, daß private kapitalgedeckte Vorsorge, für Alter und Gesundheit, ein sehr viel größeres Gewicht gewinnen muß. Wenn den Menschen mehr Netto vom Ertrag ihrer Leistung belassen wird, ist mehr eigene Vorsorge möglich.
- In der **Bildungspolitik** darf von der der Autonomie der Hochschulen nicht nur geredet, sie muß ihnen auch gegeben werden. Die Erhebung von Studiengebühren, begleitet durch Stipendiensysteme für Studentinnen und Studenten, muß in das autonome Ermessen der Hochschulen gegeben werden. Auch die Personalhoheit über ihr eigenes Personal gehört in die

Hochschulen. Die Hochschulen müssen sich im Wettbewerb ihre Studentinnen und Studenten selbst aussuchen können. Nur so wird auch eine Qualitätsverbesserung im Schulbereich erfolgen.

- Wachstumsmärkte, die sich in den Biowissenschaften andeuten, dürfen an Deutschland nicht vorbeigehen. Wer in Deutschland auf **Forschung** in bestimmten Feldern verzichten will, muß auch die Konsequenzen des Verzichts darlegen. Andere Länder die dem gleichen Kulturkreis angehören, entscheiden anders als wir. Sie entscheiden vor allem schneller als wir. Sie können auf ebenso hohe moralische und ethische Prinzipien verweisen, wenn sie Forschung zulassen, die Medikamente entwickelt, die das Leid von Menschen lindern. Sie werden Wachstumsmärkte der Zukunft gewinnen, während in Deutschland politische Mentalitäten sich in moralischer Letztbegründung üben. Eingriffe in die Keimbahn des menschlichen Lebens sind inakzeptabel. Aber therapeutisches Klonen zum Zweck der Bekämpfung von Krankheiten ist vertretbar.
- In der **Umweltpolitik** muß der energiepolitische Altersstillsinn der Grünen beendet werden. Derzeit steigt der Verbrauch von fossilen Brennstoffen weltweit an. Um den Trend zu drosseln oder gar umzukehren sind alle Möglichkeiten gleichzeitig anzuwenden. Der Ausbau nachwachsender Rohstoffe, die Wasserstofftechnologie, Solartechnik und Geothermie, Wärmedämmung, Kraft-Wärmekopplung, aber eben auch Kernenergie.
- Das Ausstiegszenario der Bundesregierung aus der Kernenergie ist unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes kontraproduktiv. Eine Energiepolitik, die verantwortungsbewusst auf Klimaveränderungen reagieren will, darf nicht den Verzicht auf Kernenergie propagieren, sie muß sich um ihre Modifizierung bemühen. Das bedeutet neue und forcierte Anstrengungen um den inhärent sicheren Hochtemperaturreaktor und weitere Forschungen zur Kernfusion. Deutschland muß Kompetenz im Umgang mit Kernenergie behalten.

3. Die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands gefährdet den Wohlstand in Europa und verengt außenpolitische Handlungsspielräume. Unsere innenpolitischen Probleme lassen sich ohne internationale Orientierung nicht lösen. Es fehlt ein Entwurf deutscher Außenpolitik bei geringer gewordenen Ressourcen.

- Bei der Formulierung eines neuen euroamerikanischen Verhältnisses muß Deutschland eine Führungsrolle übernehmen. Die gemeinsamen geostrategischen Potentiale sind überragend. Über die Hälfte der jeweiligen Auslandsinvestitionen gehen in beide Kontinente. Amerika und Europa sind die wichtigsten Akteure in der Weltwirtschaft und im Weltwährungssystem. Ein Business-Dialog allein reicht nicht aus.
- Deutsche Außenpolitik muß die Fähigkeit zurückgewinnen, europäischer Motor zusammen mit Frankreich in Europa zu sein, aber an diesem Prozeß zugleich andere Staaten, vor allem die Kleineren, zu beteiligen. Transatlantisch darf sich deutsche Außenpolitik nicht hinter und neben Frankreich verstecken, sondern muß eigene Initiativen einbringen. Gerade Deutschland braucht eine handlungsfähige europäische Union und eine enge Kooperation mit den Vereinigten Staaten.
- Europa fehlt es nicht an internationalem Potential, oft aber an strategischer Orientierung, an so etwas wie der Fähigkeit zu wirklichem weltpolitischem Kalkül. Die transatlantische Partnerschaft hat nicht zu viel Amerika, sie hat zu wenig Europa.
- In der Sicherheitspolitik gibt es zur globalen Orientierung keine Alternative. Angesichts neuer internationaler Unübersichtlichkeit und der Veränderung von Bedrohungen ist allerdings eine Änderung der Wehrstruktur unerlässlich, wenn Sicherheitspolitik nicht ausschließlich auf dem Papier stehen soll. Die Einmischung an Brennpunkten der Welt hat dauerhafte Folgen. Die Wehrpflicht ist nicht mehr zu halten.

4. Wer die Bundestagswahl 2006 gewinnen will, muß Defizite der wirtschaftspolitischen Orientierung beseitigen und zu klarer politischer Führung fähig sein.

- Entscheidend für notwendige Veränderungen und die Bewältigung des strukturellen Wandels ist vor allem die Bereitschaft zu politischer Führung. Sie ist nur möglich, wenn eine Föderalismusreform stattfindet, die Wettbewerb und Transparenz von politischen Entscheidungen ermöglicht. Alle Länder brauchen gleiche Chancen. Es werden aber nicht alle zu gleichen Ergebnissen kommen. Ihre Fähigkeiten zur Ausprägung des jeweils eigenen Profils und Niveaus müssen deutlicher werden. Die Menschen müssen erkennen können, wer für was Verantwortung hat.
- Notwendig ist darüber hinaus ein über mehrere Jahre angelegtes, in der Sache überzeugendes Modernisierungsprogramm für die Bundesrepublik Deutschland. Es muß marktwirtschaftliche Prinzipien beachten, Innovationen begünstigen, Eigenverantwortung stärken, sich den veränderten Herausforderungen tatsächlich stellen, die wichtigsten Reformbereiche beschreiben und keine Zweifel daran lassen, daß sie Schritt für Schritt realisiert werden sollen. Wenn wir nichts verändern, verlieren wir alles. Es gibt keine Stammplätze mehr.
- Das bedeutet für die FDP vor der Wahl 2006, Klarheit zu schaffen über das, was kurzfristig im Falle einer Regierungsverantwortung entschieden werden muß und das, was in einem jahrelangen Modernisierungsprozeß Schritt für Schritt zu folgen hat. Die FDP-Bundestagsfraktion wird dazu einen inhaltlichen Beitrag erarbeiten. Eine überzeugende Regierungserklärung zur Zukunftsorientierung ist notwendig. Die Menschen brauchen Orientierung statt Gängelung.

5. Freiheit , Fairness, Chancen. Diese politische Botschaft muß eindringlich vermittelt werden. Freiheit ist und bleibt die Voraussetzung einer vitalen Gesellschaft mit Chancen für alle.

- In Deutschland stehen zu viele staatsorientierte Parteien an einem Bahnsteig, an dem kein Zug mehr vorbeikommt. Die Abgeordneten der FDP im Deutschen Bundestag verstehen sich aber gerade nicht als Vertreter einer dritten sozialdemokratischen Volkspartei für alles und jedes, sondern als Vertreter einer Freiheits- und Bürgerpartei mit klaren Zielen. Die Grünen sind so liberal, wie der Vatikan. Niemand übertrifft sie im Verhindern, Regulieren und Bevormunden. Noch jeder technische Fortschritt kam auf den grünen Verbotsindex. Nicht der Gedanke an Freiheit treibt sie um, sondern die Angst davor.
- Deutschland muß weg von einer Politik, die die Menschen an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindert. Es geht um Vorhaben, die die Menschen in die Lage versetzen, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Nur so kann die Fahrt in die Infarktgefährdung einer freiheitlichen Gesellschaft gestoppt werden. So muß auch der Bundestagswahlkampf 2006 geführt werden.
-
- Der Prozeß, in dem wir uns befinden und die Schwierigkeiten, mit denen wir es zu tun haben, kosten nicht nur Geld. Freiheitliche Gesellschaften müssen vor allem auch zu Anstrengungen fähig sein, die jenseits von materiellen Anreizen liegen. Daraufhin wird aber in Deutschland nicht trainiert.
- Es wird darauf ankommen, ein Bewußtsein für die neuen Herausforderungen und eine Haltung zur Bewältigung zu schaffen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.
- Mitwirkung läuft nur über Freiheit. Sie stirbt unter Zwang. Entscheidend ist gerade der verantwortliche Bürger, nicht der betreute Untertan. Nur mehr

Freiheit und mehr eigene Verantwortung bringt unserem Land die Kraft zurück, die wir für künftigen Wohlstand, für mehr Gerechtigkeit und für ein erfolgreiches Deutschland in der Welt brauchen.